

Daniel Beets <daniel_beets@telenet.be> schrieb am 15:39 Donnerstag, 19. November 2015:

En Français

A DIFFUSER AU MAXIMUM **MAXIMAAL DOOR TE STUREN**

Suite aux attentats terroristes, à Paris, la Commission de l'Union Européenne vient d'adopter une proposition sur la modification de la norme européenne sur la détention d'armes par les particuliers.

Dans cette proposition est incluse : l'interdiction de la possession d'armes longues semi-automatiques par des particuliers.

Il n'y a aucune corrélation entre cette proposition et les attentats ce qui veut dire que l'UE suit visiblement une politique de désarmement de la population et qu'elle utilise chaque occasion pour essayer de réduire systématiquement les libertés de la population.

Si cette proposition passerait, rien n'empêche l'UE d'interdire d'autres types d'armes.

Nous devons donc réagir pour arrêter cette proposition

Dans un premier temps, nous vous demandons de signer au maximum la pétition, via le lien ci-dessous et de transmettre le message au maximum autour de vous. D'autres actions suivront.

PETITION VIA CE LIEN:

https://www.change.org/p/council-of-the-european-union-eu-you-cannot-stop-terrorism-by-restricting-legal-gun-ownership?recruiter=429803066&utm_campaign=signature_receipt_fb_dialog&utm_medium=facebook&utm_source=share_petition

DANIEL BEETS
PRESIDENT
E-MAIL : daniel_beets@telenet.be

SUIVEZ-NOUS EGALEMENT SUR : SUIVEZ-NOUS EGALEMENT SUR :

Website <http://daaa-avwl.be/>

Facebook : <https://www.facebook.com/groups/18932759695/>

In Nederlands

Als gevolg van de terroristische aanslagen in Parijs, heeft de Europese Commissie het nodig gevonden om een wijziging van de Europese norm over wapenbezit bij particulieren voor te stellen.

In dit voorstel werd eveneens het verbod op het bezit van halfautomatische lange wapens door particulieren, opgenomen.

Er bestaat geen enkel verband tussen dit voorstel en de aanslagen waaruit volgt dat deze EU blijkbaar een ontwapeningspolitiek van de bevolking nastreeft en zij elke gelegenheid te baat neemt om de rechten en vrijheden van de bevolking systematisch in te krimpen.

Indien dit voorstel zou doorgaan, is er niets dat deze EU zou tegenhouden om ook andere wapentypes te verbieden.

Wij moeten dus reageren om dit voorstel tegen te houden.

Vooreerst vragen wij u om de petitie, via onderstaande link, te tekenen en deze boodschap zoveel mogelijk te verspreiden rondom u. Andere acties zullen volgen.

PETITIE VIA DEZE LINK:

https://www.change.org/p/council-of-the-european-union-eu-you-cannot-stop-terrorism-by-restricting-legal-gun-ownership?recruiter=429803066&utm_campaign=signature_receipt_fb_dialog&utm_medium=facebook&utm_source=share_petition

DANIEL BEETS
VOORZITTER
E-MAIL : daniel.beets@telenet.be

VOLG ONS OOK OP FACEBOOK: <https://www.facebook.com/groups/109040372460097/>

Und hier die freie Übersetzung ins Deutsche

Bitte um eine maximale Verbreitung

An möglichst alle Personen weiterleiten

Nach den Terroranschlägen in Paris, hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Europäischen Norm bezüglich dem Besitz von Waffen durch Einzelpersonen angenommen.

Dieser Vorschlag beinhaltet: ein Verbot des Besitzes von halbautomatischen Lang-Feuerwaffen durch Einzelpersonen.

Es besteht kein Zusammenhang zwischen diesem Vorschlag und den Angriffen, was bedeutet, dass die EU eine klare Politik der Abrüstung der Bevölkerung verfolgt und dabei jede Gelegenheit nutzt, um die Freiheiten der Bevölkerung systematisch zu beschneiden.

Wenn dieser Vorschlag durchgeht, hindert nichts die EU daran, auch andere Waffentypen zu verbieten.

Deshalb müssen wir reagieren, um diesen Vorschlag zu stoppen.

Als einen ersten Schritt, bitten wir Sie, diese Petition, zu der sie über folgenden Link gelangen zu unterschreiben und die Meldung an Bekannte weiterzuleiten.

Andere Maßnahmen werden folgen.

Zur Petition geht's über diesen Link:

https://www.change.org/p/council-of-the-european-union-eu-you-cannot-stop-terrorism-by-restricting-legal-gun-ownership?recruiter=429803066&utm_campaign=signature_receipt_fb_dialog&utm_medium=facebook&utm_source=share_petition

Hier findet ihr den diesbezüglichen Pressebericht <https://www.facebook.com/richard.hoffmann.587>

Zur Info

DEUTSCH

Am Morgen des 7. Januar 2015 griffen Terroristen die Redaktion von Charlie Hebdo mit vollautomatischen, unregistrierten und illegalen Schusswaffen an.

Seitdem hat die EU eine neue Gesetzgebung vorbereitet, um halbautomatische Schusswaffen zu verbieten, welche sich in den Händen von rechtschaffenen EU-Bürger befinden. Dies geschieht trotz der Tatsache, dass solche Waffen nicht von den Terroristen eingesetzt wurden und nicht einmal typischer Weise von Kriminellen eingesetzt werden.

Diese benutzen unregistrierte, nicht nachverfolgbare Kalashnikovs vom Schwarzmarkt.

Diese neue Gesetzgebung wurde seit April 2015 zurückgehalten, nur um jetzt am 18. November, lediglich fünf Tage nach den zweiten Anschlägen in Paris aufzutauchen.

Die Opfer der Tragödie sind noch nicht einmal begraben, die Täten immer noch auf der Flucht und die Polizei hat die Ermittlungen noch nicht einmal abgeschlossen und trotzdem verkündet die EU Maßnahmen um einen solchen Angriff in Zukunft verhindern zu können.

Leider gibt es in diesem Gesetzesentwurf nichts was diese zwei Angriffe hätte aufhalten können, da keiner der beiden mit Waffen ausgeführt wurde, die jetzt legal sind und mit der neuen Regelung verboten wären. Nichts.

Es macht keinen Sinn und vor allem ist es extrem ungerecht.

Ungerecht gegenüber den Opfer, ungerecht gegenüber den rechtschaffenen Bürgern, deren Hobby und Eigentum eingezogen werden soll.

Sagt „Nein“ zum Gesetzesentwurf vom 18. November 2015.

Verbietet keine halbautomatischen Schusswaffen, nur weil sie wie eine vollautomatische Waffe aussehen.

Wir, die Bürger der EU, verlangen, dass sich die EU mit den wirklichen Problemen auseinandersetzt:

- Die Außengrenzen der EU sind ungesichert.
- Es gibt Bevölkerungsgruppen, die sich weigern unsere demokratischen Werte und unsere Kultur zu akzeptieren.
- Illegaler Waffenhandel wächst ungebremst in der EU.
- Kriminelle und Terroristen kommen leichter an illegale Waffen, als legale Waffenbesitzer an ihre rechtmäßigen Waffen.

Das ist die momentane Situation und die neue Gesetzgebung tut NICHTS um diese Probleme zu lösen.

Der Gesetzesentwurf IP-15-6110 vom 18. November zur Änderung der Richtlinie 91/477/EEC ist nicht nur populistisch, sondern ist auch eine Beleidigung unserer Freiheitsrechte und der Intelligenz aller Bürger der EU.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6110_en.htm

Europäische Kommission - Pressemitteilung

Europäische Kommission verschärft EU-weit Kontrolle von Feuerwaffen

Brüssel, 18. November 2015

Die Europäische Kommission hat heute ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das den Erwerb von Feuerwaffen in der Europäischen Union erschweren soll.

Die Europäische Kommission hat heute ein aus mehreren Maßnahmen bestehendes Paket verabschiedet: Damit wird es künftig schwieriger, Feuerwaffen in der Europäischen Union zu erwerben, in legalem Besitz befindliche Waffen können besser zurückverfolgt werden, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten wird ausgebaut, und es wird sichergestellt, dass deaktivierte Waffen unbrauchbar gemacht werden. Die heute vorgelegten Vorschläge waren in der im April 2015 angenommenen [Europäischen Sicherheitsagenda](#) vorgesehen, ihre Umsetzung wurde angesichts der aktuellen Ereignisse aber stark beschleunigt. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen, die Bürger Europas zu schützen und Kriminelle und Terroristen an der Beschaffung von Waffen zu hindern.

Präsident **Juncker** erklärte dazu: *„Die jüngsten Terroranschläge, die sich gegen die Menschen in Europa und ihre Werte richten, wurden über Grenzen hinweg koordiniert. Wir müssen also zusammenarbeiten, um diesen Bedrohungen zu widerstehen. Der heute präsentierte Vorschlag, den Kommissarin Elżbieta Bieńkowska und Kommissar Dimitris Avramopoulos gemeinsam erstellen ließen, wird verhindern helfen, dass Terroristen Waffen in die Hände bekommen. Wir möchten, dass der Verkauf und die Registrierung von Feuerwaffen strenger kontrolliert werden, und die Vorschriften verschärft werden, mit denen deaktivierte Waffen auf Dauer unbrauchbar gemacht werden sollen. Wir werden demnächst auch einen Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels vorlegen. Es kann und wird nicht toleriert werden, dass sich die organisierte Kriminalität kriegstaugliche Waffen beschafft und damit Handel treibt.“*

Die für Binnenmarkt und Industrie zuständige Kommissarin Elżbieta **Bieńkowska** und Dimitris **Avramopoulos**, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, ergänzten: *„Die Kommission hat mit dem heute angenommenen Feuerwaffen-Paket bewiesen, dass sie sich mit Entschlossenheit den neuen Gegebenheiten stellt. Wir müssen EU-weit uneinheitliche Vorschriften durch strengere, harmonisierte EU-Standards für Feuerwaffen ersetzen und für einen effizienten Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten sorgen.“*

Das heute von den Kommissionsmitgliedern angenommene Maßnahmenpaket umfasst die folgenden Punkte:

Überarbeitung der Feuerwaffen-Richtlinie zwecks Verschärfung der Kontrollen von Waffenerwerb und -besitz

Die Kommission hat heute ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt. Es geht dabei um eine Änderung der [Feuerwaffen-Richtlinie](#), in der Erwerb und Besitz von Waffen durch Privatpersonen sowie die Verbringung von Waffen in ein anderes EU-Land geregelt sind. Die geplante Überarbeitung umfasst in erster Linie folgende Punkte:

- Strengere Vorschriften, um **halbautomatische Feuerwaffen zu verbieten**, die sich unter keinen Umständen – auch nicht wenn sie endgültig deaktiviert wurden – im Besitz von Privatpersonen befinden dürfen;

- **strengere Vorschriften für Online-Waffenkäufe**, um den Erwerb von Waffen, wichtigen Bestandteilen oder von Munition über das Internet einzudämmen;
- EU-weit **einheitliche Regeln für die Kennzeichnung von Feuerwaffen** im Sinne einer besseren Rückverfolgbarkeit von Waffen;
- intensiverer **Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten**, etwa über Fälle, in denen eine von einer anderen nationalen Behörde erlassene Genehmigung für den Besitz einer Feuerwaffe nicht anerkannt wird, und die verpflichtende Vernetzung nationaler Waffenregister;
- gemeinsame Kriterien für **Schreckschusswaffen** (z. B. Signal- und Startpistolen), damit diese nicht in voll funktionsfähige Feuerwaffen umgebaut werden können;
- **strengere Auflagen für die Verbreitung deaktivierter Feuerwaffen**;
- **strengere Auflagen für Sammler**, um das Risiko eines Verkaufs an Kriminelle zu begrenzen.

Die von der Kommission heute vorgestellten Änderungsvorschläge müssen vom Europäischen Parlament und vom Rat befürwortet werden.

Verordnung über gemeinsame Mindeststandards für die Deaktivierung von Feuerwaffen

In dieser Verordnung werden gemeinsame strenge Kriterien dafür festgelegt, wie Waffen von den Mitgliedstaaten zu deaktivieren sind, damit sie für eine weitere Verwendung unbrauchbar werden. Der Besitz der gefährlichsten Feuerwaffen wird nicht mehr gestattet sein, auch wenn die Waffen deaktiviert sind.

Die Verordnung beruht auf den Deaktivierungskriterien, die von der [Ständigen Internationalen Kommission zur Prüfung von Handfeuerwaffen \(C.I.P.\)](#) entwickelt wurden. Nachdem die Mitgliedstaaten heute Vormittag in einem Komitologieausschuss ihre Zustimmung zu der geplanten Verordnung erteilt hatten, wurde sie den Mitgliedern der Kommission formal erlassen. Die Verordnung wird unverzüglich im Amtsblatt veröffentlicht und nach drei Monaten in Kraft treten.

Das heute verabschiedete Maßnahmenpaket für eine verstärkte Kontrolle von Feuerwaffen in der EU beruht auf einer ausführlichen Evaluierung der Umsetzung der Feuerwaffen-Richtlinie, die von der Kommission im Vorjahr im Zuge des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) durchgeführt wurde, mit dem sichergestellt werden soll, dass die EU-Rechtsvorschriften ihren Zweck erfüllen. Die Kommission wird regelmäßig die in dieser Verordnung festgelegten technischen Spezifikationen überprüfen und aktualisieren, damit bei der Deaktivierung von Feuerwaffen in der Praxis die besten Ergebnisse erzielt werden.

Ein Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Waffen- und Sprengstoffhandels

Die Kommission hat nicht nur diese strengeren Vorschriften und Standards verabschiedet, sondern darüber hinaus heute angekündigt, dass sie einen **Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Waffen- und Sprengstoffhandels** ausarbeitet. Mit diesem Aktionsplan sollen folgende Probleme angegangen werden:

- illegaler Kauf von Waffen auf dem Schwarzmarkt;
- Kontrolle illegaler Waffen und Sprengstoffe auf dem Binnenmarkt (vor allem aus den Balkanländern und aus ehemaligen Kriegsgebieten);
- Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Der Waffenhandel fällt hauptsächlich in die Zuständigkeit der nationalen Behörden. Da es sich aber eindeutig um eine grenzüberschreitende Problematik handelt, gilt es, die Arbeit von Polizei und Geheimdiensten besser zu koordinieren und den Import stärker zu kontrollieren. Die Kommission wird – aufbauend auf dem Aktionsplan über den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen zwischen der EU und dem westlichen Balkan – Maßnahmen zur Unterstützung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten vorschlagen. Der am 7. Dezember stattfindende EU-Westbalkan-Gipfel der Justiz- und Innenminister bietet eine weitere Gelegenheit, über die Fortschritte in Sachen Aktionsplan Bilanz zu ziehen.

Hintergrund

Für die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind an erster Stelle die Mitgliedstaaten zuständig. Grenzübergreifende Herausforderungen stellen jedoch die Fähigkeit einzelner Länder, im Alleingang zu handeln, auf den Prüfstand, so dass die EU vor der Aufgabe steht, Vertrauensbildung, Zusammenarbeit, Informationsaustausch und ein gemeinsames Vorgehen zu unterstützen.

Gemäß den [politischen Leitlinien](#) Präsident **Junckers** zählt die Sicherheitsagenda zu den Prioritäten dieser Kommission. Die Vorlage der Europäischen Sicherheitsagenda war im Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 verbindlich vorgesehen.

Die Europäische Kommission hat am 28. April 2015 eine [Europäische Sicherheitsagenda](#) für den Zeitraum 2015-2020 veröffentlicht, um die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von Sicherheitsbedrohungen zu unterstützen und die gemeinsamen Anstrengungen bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Computerkriminalität zu intensivieren. Diese Agenda sieht konkrete Instrumente und Maßnahmen vor, auf die bei den gemeinsamen Bemühungen zur Gewährleistung der Sicherheit und im Zuge einer wirksameren Bekämpfung der drei unmittelbarsten Bedrohungen zurückgegriffen werden wird.

In der Agenda und im [Arbeitsprogramm für 2016](#) kündigte die Kommission an, die bestehenden Rechtsvorschriften 2016 zu überarbeiten, um den Austausch von Informationen und die Rückverfolgbarkeit zu verbessern, die Kennzeichnung zu vereinheitlichen und gemeinsame Standards zur Neutralisierung von Feuerwaffen zu erarbeiten. Angesichts der aktuellen Ereignisse haben wir beschlossen, diese Arbeiten stark zu beschleunigen. Seither wurden bei der Umsetzung der einzelnen Punkte der Agenda beträchtliche [Fortschritte erzielt](#).

Die heute vorgestellten Initiativen sind eine Ergänzung laufender Arbeiten zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels, die den zwischen der EU und dem westlichen Balkan vereinbarten Aktionsplan ebenso umfassen wie die gemeinsame Ermittlungen und die polizeiliche Zusammenarbeit, die 2013 angelaufen sind.

Weitere Informationen:

[Frage und Antwort](#)

Richtlinie: <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/13965/attachments/1/translations/en/renditions/native>

Bericht: <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/13965/attachments/2/translations/en/renditions/native>

Verordnung (Deaktivierung) <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/13965/attachments/3/translations/en/renditions/native>

Anhänge der Verordnung: <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/13965/attachments/4/translations/en/renditions/native>

[Europäische Sicherheitsagenda – Pressemitteilung](#)

[Die Europäische Sicherheitsagenda – aktueller Stand](#)

[Feuerwaffen-Richtlinie](#)